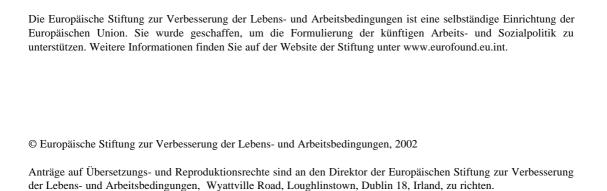


Jahresbericht 2001

Die Tür nach Europa steht offen
Umsetzung des Vierjahresarbeitsprogramms 2001-2004
Ein Umfeld des Wandels - Arbeitsbedingungen
Lebensqualität in Europa - Lebensbedingungen
Europas Arbeitsbeziehungen verändern sich
Die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels
Information und Diskussion

Anmerkung: Die Anlagen zum Jahresbericht 2001 (nur in englischer Sprache) sind separat auf der Webseite der Stiftung (www.eurofound.eu.int) zu konsultieren.



Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates gegründet. Artikel 2 der Verordnung lautet:

- Die Stiftung hat die Aufgabe, zur Konzipierung und Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen durch eine Aktion zur Förderung und Verbreitung von Kenntnissen beizutragen, die geeignet sind, diese Entwicklung zu unterstützen.
- 2. Im Hinblick darauf obliegt es der Stiftung, aufgrund praktischer Erfahrungen die Überlegungen zur mittel- und langfristigen Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Arbeitsbedingungen zu entwickeln und zu vertiefen und Änderungsfaktoren festzustellen. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben berücksichtigt sie die Politik der Gemeinschaft in diesen Bereichen und unterrichtet die Organe der Gemeinschaft über die in Betracht kommenden Ziele und Ausrichtungen, indem sie ihnen insbesondere wissenschaftliche Kenntnisse und technische Daten mitteilt.

Gemäß Artikel 13 Absatz 1 dieser Verordnung ist dem Verwaltungsrat alljährlich ein Gesamtbericht über die Tätigkeit, die Finanzlage und die Zukunftsaussichten der Stiftung zur Billigung vorzulegen. Der vorliegende Bericht für das Jahr 2001 wurde dem Verwaltungsrat der Stiftung auf seiner 67. Sitzung vom 21. März 2002 vorgelegt und durch ihn gebilligt. Gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung wird der vorliegende Bericht den Gemeinschaftsorganen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zugeleitet.

"Kommunikation" und "Dienst am Kunden", so lautete die Devise der Stiftung im Jahr 2001, dem ersten Jahr unseres Vierjahresarbeitsprogramms, in dem wir unsere Absicht signalisierten, unsere Arbeit stärker an den besonderen Informationsbedürfnissen der unterschiedlichen Ziel- und Interessengruppen auszurichten.

In den vergangenen 25 Jahren standen folgende Aufgaben im Mittelpunkt der Stiftung: Schaffung einer soliden Informationsgrundlage, Ermittlung der Bereiche, in denen wir zu einem Mehrwert bei der Formulierung der europäischen Sozialpolitik beitragen können, Entwicklung von Instrumenten zur Unterstützung der politischen Entscheidungsträger und zur Schaffung einer glaubwürdigen und maßgeblichen Wissensquelle im Bereich der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Das Vierjahresprogramm 2001-2004, Analyse und Vorhersehen von Wandel zur Unterstützung des sozioökonomischen Fortschritts, hat uns den Rahmen für die Konsolidierung und Intensivierung dieser Arbeit geliefert. Als Neuerung sind im Programm darüber hinaus spezifische Kommunikationsziele festgeschrieben, die uns erstmals zur Entwicklung einer Kommunikationsstrategie verpflichteten, die diese Ziele in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten stellt. Den Belangen unserer Zielgruppen und der Bereitstellung der von ihnen benötigten Informationen, und zwar in dem ihren Vorstellungen entsprechenden Format und zu dem von ihnen gewünschten Zeitpunkt, sollte verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Diese Arbeit begann 2001. Die erste kohärente Kommunikationsstrategie der Stiftung wurde entwickelt und beschlossen. Zu ihren wichtigsten Elementen gehörte die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Brüssel, um die Kommunikation mit unseren EU-Zielgruppen zu erleichtern, und die Errichtung eines Netzes nationaler Verbindungsbüros, die dem gleichen Zweck in den Mitgliedstaaten dienen. Bei der Vorbereitung der Umsetzung dieser strategischen Elemente wurden bis Ende des Jahres gute Fortschritte erzielt. Sie sind Ausdruck unserer wachsenden Erkenntnis, dass wir in engeren Kontakt zu unseren Zielgruppen treten und mit den Individuen innerhalb dieser Gruppen kommunizieren müssen. Ein solcher Ansatz ist unserer Meinung nach effektiver als die Annahme, dass ihre Informationsbedürfnisse homogen seien und mit einer einzigen Verbreitungsstrategie abgedeckt werden könnten.

Ein Beispiel für diesen direkten Kontakt waren unsere Besuche in allen Mitgliedstaaten, wo wir mit Vertretern der entsprechenden Ministerien und der Sozialpartner gesprochen und Informationen ausgetauscht haben. Es ist geplant, ein ähnliches Programm von Besuchen im Laufe des Jahres 2002 auch in den beitrittswilligen Ländern zu verwirklichen.

Besucher, die unsere Stiftung zu speziellen Informationsveranstaltungen aufsuchten (gegenüber 2000 ist die Besucherzahl um das Dreifache gestiegen), Konferenzen (von der Stiftung und anderen Einrichtungen organisiert), unser erster Tag der offenen Tür - all dies waren wichtige Gelegenheiten zur Kontaktaufnahme mit unseren Interessengruppen, auf die auch an anderer Stelle des Berichts eingegangen wird.

Um die breite Öffentlichkeit zu erreichen, haben wir unsere Internet-Präsenz verstärkt und unsere Websites neu gestaltet. Wir freuen uns, feststellen zu können, dass dies zu einem beträchtlichen Anwachsen unserer Benutzersitzungen geführt hat. Mit unserem ersten Pressetag am 12. März haben wir unterstrichen, wie sehr wir die Presse als einen bedeutenden Vermittler unserer Botschaften schätzen.

Was die Botschaften betrifft, so war 2001 das Jahr der "Arbeitsbedingungen". Die Ergebnisse unserer dritten Europäischen Umfrage über die Arbeitsbedingungen (*Third European survey on working conditions*) wurden in Form von Präsentationen und Pressekonferenzen in allen Mitgliedstaaten verbreitet. Eine gemeinsame Konferenz mit der belgischen EU-Präsidentschaft lenkte die Aufmerksamkeit auf die Beschäftigungsqualität.

Ende 2001 wurde ein Papier der Stiftung zur Förderung besserer Beschäftigungsbedingungen erarbeitet, das 2002 veröffentlicht wird.

Grundlage aller dieser Aktivitäten war die Stärkung unserer Personalressourcen und eine optimale Verwendung der Haushaltsmittel (99 %). Eingedenk eines unserer Grundprinzipien, dass die Stiftung ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis gewährleisten soll, gaben wir eine externe Evaluierung der Verfahren und Aktivitäten der Stiftung in Auftrag. Der Bericht, der im ersten Halbjahr 2002 veröffentlicht wird, ist im Allgemeinen recht positiv ausgefallen. Dennoch machte er auf einige Bereiche aufmerksam, die der Verbesserung bedürfen. Diese Aufgabe werden wir sobald wie möglich in Angriff nehmen.

Die Stiftung wurde gegründet, um den politischen Entscheidungsträgern die Kenntnisse zu vermitteln, die zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beitragen. Das Arbeitsprogramm 2001-2004 beinhaltet eine Neuorientierung der Stiftung hinsichtlich der Strategie, der Struktur und der Straffung der Themen, damit sie ihrer Rolle effektiver gerecht werden kann. Zum Ende des Jahres 2001 glauben wir, dass wir dabei auf dem richtigen Weg sind und hoffen, einen größeren Beitrag zur Schaffung eines sozialen Europas in einer erweiterten Europäischen Union zu leisten.

Raymond-Pierre Bodin

Eric Verborgh

Direktor

Stellvertretender Direktor

Umsetzung des Vierjahresarbeitsprogramms 2001-2004

Das erste jährliche Arbeitsprogramm im Rahmen des neuen und ehrgeizigen Vierjahresprogramms der Stiftung wurde 2001 aufgelegt. Im Vierjahresprogramm 2001-2004, *Analyse und Vorhersehen von Wandel zur Unterstützung des sozioökonomischen Fortschritts*, kommt der Auftrag der Stiftung zum Ausdruck, sowohl soziale Trends und neue Entwicklungen zu analysieren als auch auf die möglichen Folgen der Veränderungen im Bereich der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Arbeitsbeziehungen aufmerksam zu machen. Die wichtigste Veränderung im neuen Vierjahresprogramm ist, dass sich die Arbeit der Stiftung auf drei Kernbereiche - Arbeitsbedingungen, Lebensbedingungen und Arbeitsbeziehungen - konzentrieren wird, während sie in der Vergangenheit ihre Tätigkeit an sechs Themen ausgerichtet hatte. Es wird weniger, dafür aber substanziellere Forschungsprogramme geben, und jeder Kernbereich wird in einem europaweiten Überwachungsinstrument verankert sein, das Veränderungen beobachtet und auftretende Fragen, die mit der sozialpolitischen Agenda der EU in Zusammenhang stehen, untersucht.

Der neue konzeptionelle Rahmen betraf alle Strukturen der Stiftung: den Sachverständigenausschuss, die beratenden Ausschüsse, die Bediensteten und die Beziehungen zu anderen europäischen und einzelstaatlichen Einrichtungen und Gremien. Gleichzeitig wurde die auf der Grundlage des Programms für 1997-2000 begonnene Arbeit, insbesondere die Verbreitung der wichtigsten Forschungsergebnisse, abgeschlossen.

Mit dem Programm für 2001 wurde eine Neuorientierung der Stiftung in Richtung einer effektiveren und sichtbareren Konzentration auf die strategische Forschungs- und Überwachungstätigkeit eingeleitet. Für die strategische Forschung im Bereich der Arbeitsbedingungen, Lebensbedingungen und Arbeitsbeziehungen wurden wenige, sorgfältig ausgewählte Themen festgelegt, die näher an der Schnittstelle politischer Entscheidungsprozesse angesiedelt sind.

Die Überwachungsinstrumente der Stiftung standen im ersten Jahr des Vierjahresprogramms im Mittelpunkt der Arbeit der Organisation. Die Ergebnisse der dritten Europäischen Umfrage über die Arbeitsbedingungen, die 2000 abgeschlossen war, wurden 2001 in den 15 Mitgliedstaaten umfassend in der Öffentlichkeit bekannt gemacht, und die Umfrage selbst wurde auf die Arbeitsbedingungen in den beitrittswilligen Ländern ausgedehnt. Auch das Europäische Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO) wurde im Laufe des Jahres weiterentwickelt und erhielt eine neue, benutzerfreundlichere Website. Und schließlich begann, im Rahmen eines Projekts, das 2002/2003 abgeschlossen sein wird, die vorbereitende Arbeit zu einer Reihe detaillierter Indikatoren der Lebensbedingungen und der Lebensqualität in der Europäischen Union.

Ferner wurde im Vierjahresprogramm das Konzept der bereichsübergreifenden Themen eingeführt. Damit sollen die Erkenntnisse und Analysen, die die Stiftung durch ihre Forschungstätigkeit über viele Jahre und im Rahmen zahlreicher Projekte erworben hat, nutzbar gemacht und in einer Reihe von Papieren zusammengefasst werden. Folgende fünf übergreifende Themen wurden festgelegt: Beschäftigung, Chancengleichheit, soziale Eingliederung, Zeitnutzung und Vielfalt. Zu vier Themen hat die Arbeit begonnen, und die Papiere der Stiftung werden im Laufe des Jahres 2002 veröffentlicht werden.

Ziel ist es, mit den Papieren die vergangene, gegenwärtige und künftige Arbeit der Stiftung nutzbar und in gebündelter Form zugänglich zu machen. Das Thema eines jeden Papiers steht mit aktuellen sozialpolitischen Fragen in Zusammenhang und leistet einen angemessenen Beitrag zur Debatte auf europäischer Ebene.

Da im Laufe eines Vierjahresprogramms ständig neue Fragen auftreten, müssen die Programme Vorarbeit und Experimente zulassen. Im Jahr 2001 begann die Arbeit zur Informationsgesellschaft und zu ihren Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen und die Arbeitsbeziehungen.

Der Verbreitung der Forschungsergebnisse der Stiftung wurde im Arbeitsprogramm für 2001 ebenfalls größere Priorität eingeräumt. Beispiele für die anpassungsfähigere und zielgerichtetere Kommunikationsstrategie im Jahr 2001 sind:

- eine Reihe von Pressekonferenzen in den Mitgliedstaaten, auf denen die Ergebnisse der *dritten Europäischen Umfrage über die Arbeitsbedingungen* vorgestellt wurden,
- Besuche des Direktors und von Bediensteten der Stiftung in den Mitgliedstaaten,
- Verbesserung und Neugestaltung der Web-Präsenz,
- Verstärkung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Aktivitäten mit anderen Einrichtungen der Europäischen Union und internationalen Gremien.

Die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC), deren Einrichtung auf dem Gipfeltreffen von Nizza im Dezember 2000 beschlossen wurde und die von den Sozialpartnern unterstützt wird, unternahm 2001 mit einer Konferenz, die sie gemeinsam mit der belgischen EU-Präsidentschaft veranstaltete, erste Schritte zur Schaffung eines Arbeitsrahmens.

Indem sie zur europäischen sozialpolitischen Agenda beiträgt, hat sich die Stiftung als ein Forum für die soziale Debatte in Europa neu positioniert. Die Organisation von Konferenzen und die Zusammenarbeit mit der schwedischen und der belgischen EU-Präsidentschaft, die Erzielung eines Mehrwerts aufgrund ihrer dreiteiligen Struktur und die Einleitung einer engeren technischen Zusammenarbeit mit Eurostat sowie die Kooperation mit dem Internationalen Arbeitsamt sind Beispiele für einen Ansatz, der es der Stiftung ermöglicht, auf die Veränderungen in der Europäischen Union schnell zu reagieren.

Zusammenfassung des Vierjahresarbeitsprogramms

- Entwicklung und Konsolidierung folgender Haupttätigkeitsgebiete: Forschung, Debatte und Information.
- Stärkung der Kernfachkompetenzen im Bereich der Arbeitsbedingungen, Lebensbedingungen und Arbeitsbeziehungen.
- Konzentration auf weniger und substanziellere Forschungsprogramme.
- Ausbau der Rolle der Stiftung als Diskussionsforum sowie Nutzung des Mehrwerts, den ihre dreiteilige Struktur bietet, um eine kohärentere und einheitlichere Kommunikationsstrategie zu verwirklichen.
- Erhöhung der Verantwortlichkeit, Transparenz und Effektivität der Organisation.
- Reaktion auf bedeutende Veränderungen in der Europäischen Union, insbesondere auf die Erweiterung.

Ein Umfeld des Wandels -Arbeitsbedingungen

Keine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Europa

Die Tatsache, dass die Risikofaktoren nur geringfügig zurückgegangen sind und keine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen in Europa im Zeitraum von 1990 bis 2000 eingetreten ist, zeigt, wie notwendig eine umfassende Debatte über die Qualität der Arbeit in Europa im gegenwärtigen Klima des zunehmenden Wettbewerbs und der sich verändernden Beschäftigungsmuster ist.

Im Zehnjahreszeitraum von 1990 bis 2000 haben sich die Tendenzen hinsichtlich der Risikofaktoren und allgemeinen Arbeitsplatzbedingungen in Europa nicht wesentlich verbessert. Zu dieser wichtigen Schlussfolgerung gelangte die dritte Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen von 2000, die von der Stiftung 2001 veröffentlicht wurde. Angesichts der gegenwärtigen, immer umfassenderen wirtschaftlichen und monetären Integration sind die Umfrageergebnisse zur Qualität des Arbeitslebens von großer Relevanz und Bedeutung für alle Mitgliedstaaten. Von 1990 bis 2000 war bei den klassischen Gefährdungen am Arbeitsplatz wie Lärm, Vibrationen, Einatmen von Dämpfen und gefährliche Stoffe, Hitze, Kälte, dem Tragen schwerer Lasten oder dem Arbeiten in beschwerlichen oder ermüdenden Körperhaltungen keine Verbesserung zu beobachten.

Aus der Umfrage geht auch hervor, dass die Arbeitsintensität stetig steigt: Mehr als 50 % der Arbeitnehmer arbeiten wenigstens während eines Viertels ihrer Arbeitszeit mit hohem Arbeitstempo oder unter Zeitdruck.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen befristeten Arbeitsverhältnissen und einer höheren Risikoexposition. Arbeitnehmer, die in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen, sind häufiger Risikofaktoren ausgesetzt und häufiger von einer hohen Arbeitsintensität und einem hohen Arbeitstempo betroffen als Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen.

Über die Hälfte aller befragten Arbeitnehmer gab an, mit hohem Arbeitstempo und unter großem Zeitdruck zu arbeiten. Mehr als zwei von fünf Arbeitern klagen darüber, nicht genug Zeit zur Erledigung ihrer Arbeit zu haben. Die Ergebnisse zeigen, dass Stress und Arbeitsintensität zunehmen. Die Arbeit "rund um die Uhr" ist weit verbreitet - mehr als jeder zweite Arbeitnehmer in Europa arbeitet mindestens einmal pro Monat am Samstag, jeder vierte Arbeitnehmer leistet einmal pro Monat Sonntagsarbeit, Schichtarbeit ist für jeden fünften Arbeitnehmer die Regel und knapp jeder fünfte Arbeitnehmer arbeitet monatlich mindestens einmal in der Nacht.

Was folgt aus diesen Ergebnissen? Bei der Analyse der Umfrage wurde ein Indikator für die "Erträglichkeit der Arbeit" konstruiert. Mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmer sind der Überzeugung, dass sie ihre Tätigkeit nicht bis zum Alter von 60 Jahren ausüben können oder wollen. Diese Tendenz war besonders stark bei bestimmten Berufsgruppen oder Tätigkeiten ausgeprägt wie z. B. bei Maschinenbedienern sowie Dienstleistungs- und Verkaufskräften.

Die Ergebnisse der Umfrage von 2000 wurden in Verbindung mit denen der ersten und zweiten Umfrage von 1990 bzw. 1995 analysiert. Die Analyse ergab, dass in den vergangenen zehn Jahren keine wesentliche Verringerung der Risikofaktoren oder Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen an Arbeitsplätzen in Europa eingetreten ist.

Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus der dritten Umfrage über die Arbeitsbedingungen lautet, dass der Qualität des Arbeitslebens in der Europäischen Union wieder verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die Stiftung setzte ihre Arbeit in dieser Richtung fort und war Mitveranstalter der bedeutenden Konferenz Für eine bessere Arbeitsqualität, die im Rahmen der belgischen EU-Präsidentschaft im September 2001 stattfand. An der Konferenz, die der Stiftung eine Plattform bot, einem Publikum von politischen Entscheidungsträgern eine Reihe von Indikatoren für die Arbeitsqualität vorzustellen, nahmen zweihundert Gäste teil, um über die Auswirkungen der Veränderungen in der Arbeitsorganisation und der Arbeitsmarktflexibilität auf die Qualität der Beschäftigung zu diskutieren.

Die geschlechtsspezifische Dimension

Das Fortbestehen der Geschlechtertrennung am Arbeitsplatz ist eine wichtige Tendenz, die in der dritten Europäischen Umfrage über die Arbeitsbedingungen zum Ausdruck kam. Frauen erzielen nach wie vor ein geringeres Einkommen als Männer in der gleichen Berufsgruppe (z. B. Einzelhandel), wobei Frauen und Männer unterschiedliche Tätigkeiten ausüben (z. B. als Manager bzw. Verkäuferin). Im Vergleich zu Männern haben Frauen weniger Kontrolle über ihre Arbeitszeit. Teilzeitarbeit wird nach wie vor überwiegend von Frauen ausgeübt - viermal mehr Frauen als Männer gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Die Doppelbelastung der berufstätigen Frauen ist noch immer ein wesentliches Merkmal ihres Lebens. Die Zahl der Frauen, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen und zu Hause kochen und die Hausarbeit erledigen, ist fünfmal höher als die der Männer, und doppelt so viele Frauen wie Männer kümmern sich um die Betreuung und Erziehung der Kinder.

Beobachtung des Arbeitslebens in Europa

Die Ergebnisse der Befragung von 21 500 Arbeitnehmern im Rahmen nationaler Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in den 15 EU-Mitgliedstaaten wurden analysiert, ausgewertet und mit früheren Erhebungen zum gleichen Thema verglichen. Der abschließende Synthesebericht zur dritten Europäischen Umfrage über die Arbeitsbedingungen wurde veröffentlicht, und die Umfrage auf die beitrittswilligen Länder ausgedehnt.

Die ersten Ergebnisse der Ausdehnung der Umfrage über die Arbeitsbedingungen auf die beitrittswilligen Länder lagen im September 2001 vor. Sie werden uns einen Einblick in die Arbeitsbedingungen in diesen Ländern geben (der Umfrage liegt die gleiche Methodik zugrunde wie der Erhebung in den EU-Mitgliedstaaten) und das internationale Forschungsnetz der Stiftung im Bereich der Arbeitsbedingungen im Vorfeld der EU-Erweiterung stärken.

Die Stiftung legte im September 2001 auf einer Konferenz der belgischen EU-Präsidentschaft einen ersten konzeptionellen Rahmen von Indikatoren für die Qualität der Arbeit und der Beschäftigung vor.

Mit dem Internationalen Arbeitsamt wurde ein Abkommen zur Erstellung eines gemeinsamen Berichts über die Qualität des Arbeitslebens in Europa geschlossen.

Methodischer Ansatz des Überwachungsinstruments

- Erhebung anhand von Fragebögen
- Repräsentative Stichprobe der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung (Dritte Europäische Erhebung, 2000:
 1 500 Befragungen pro Mitgliedstaat, Luxemburg, 500)
- Persönliche Interviews in den Wohnungen der Befragten
- Mehrstufige Zufallsstichprobe nach dem "Random-Walk-Verfahren"
- Gewichtung gemäß der Arbeitskräfteerhebung (Eurostat)

Strategische Forschung

Die Abteilung Arbeitsbedingungen ist von einer systematischen Datenerfassung und -überwachung zu einer gründlicheren Analyse übergegangen und hat mit der strategischen Forschung in einer Reihe von Bereichen begonnen. Ein Projekt zur sozialen Verantwortung der Unternehmen untersucht speziell die Mechanismen bei der Evaluierung der Ziele, die sich die Unternehmen im Hinblick auf so genannte sozial vertretbare Maßnahmen im Bereich der Arbeitsbedingungen gestellt haben, und ihrer Ergebnisse.

Flexibilität ist ein thematischer Bereich, mit dem sich die Stiftung bereits seit einigen Jahren beschäftigt. Eine Synthese der im Jahr 2001 auf diesem Gebiet geleisteten Arbeit wird die Grundlage für künftige Arbeiten bilden, wozu auch eine Studie über flexible Arbeitszeitvereinbarungen und ihre Auswirkungen auf die Qualität des Arbeitslebens und des Nichtarbeitslebens gehört.

Im zurückliegenden Jahr wurde ferner eine Reihe von Sekundäranalysen der aus der dritten Umfrage über die Arbeitsbedingungen gewonnenen Daten durchgeführt. Mit Hilfe dieser Sekundäranalysen sollten die Arbeitsbedingungen sowohl in bestimmten Wirtschaftszweigen (z. B. Transportsektor und Gaststättengewerbe) als auch aus der Perspektive bestimmter Untergruppen (auf der Grundlage von Geschlecht, Alter und Beschäftigungsstatus) genauer untersucht werden.

Schlüsselfakten 2001 - Arbeitsbedingungen

- In 14 Ländern wurden Pressekonferenzen durchgeführt, um auf die Ergebnisse der dritten Europäischen Umfrage über die Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen.
- Die dritte Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen lieferte Daten für weitere gründliche Analysen der wichtigsten Entwicklungen, einschließlich eines Überblicks über die Arbeitsbedingungen in Europa für den Zehnjahreszeitraum von 1990 bis 2000, und für Sekundäranalysen in Bezug auf Beschäftigungsstatus, Geschlecht, Alter, Zeit und Arbeitsorganisation.
- Die Forschung zur Zeitarbeit in der Europäischen Union wurde 2001 abgeschlossen.
- Gemeinsam mit dem belgischen Arbeitsministerium veranstaltete die Stiftung die Konferenz der belgischen EU-Präsidentschaft Für eine bessere Arbeitsqualität, die vom 20. bis 21. September in Brüssel stattfand. Auf der Konferenz wurden vier Hauptthemen im Zusammenhang mit der Qualität der Arbeit behandelt: Zeit, Arbeit und Privatleben, Arbeitsorganisation und Arbeitsqualität, Arbeitsmarktflexibilität und Arbeitsqualität und Indikatoren für die Arbeitsqualität.

- Eine Reihe von Prospekten zu den Arbeitszeitpräferenzen auf der Grundlage der Daten der Studie "Beschäftigungsoptionen der Zukunft" wurde veröffentlicht.
- Das Team Arbeitsbedingungen besuchte 56 Workshops, Konferenzen, Tagungen und Seminare in den 15 Mitgliedstaaten und stellte Forschungsergebnisse vor, leitete Diskussionen und regte Debatten an.

Schlüsselveranstaltungen - Arbeitsbedingungen

18.-19. Januar

Hochrangiger Workshop *The Future of Work, Employment and Social Protection (Die Zukunft von Arbeit, Beschäftigung und Sozialschutz*) (Annecy). R.-P. Bodin stellte einen Beitrag vor zu "Quelles sont les tendances émergentes dans les sociétés contemporaines et comment les interpréter?" (Wie sehen die neuen Tendenzen in den heutigen Gesellschaften aus und wie sind sie auszulegen?)

22.-24. Januar

Work Life 2000 (Arbeitsleben 2000), Konferenz der schwedischen EU-Präsidentschaft (Malmö).

24.-25. April

Workshop Quality at Work (Qualität bei der Arbeit) (Bilbao), Veranstaltung der Europäischen Kommission (P. Paoli).

20.-21. *September*

Konferenz Für eine bessere Arbeitsqualität (Brüssel), gemeinsam von der Stiftung und der belgischen EU-Präsidentschaft veranstaltet. P. Paoli stellte einen Beitrag über "Europäische Indikatoren zur Überwachung der Arbeits- und Beschäftigungsqualität" vor.

Veröffentlichung

Pascal Paoli und Damien Merllié, Dritte Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen.

Lebensqualität in Europa -Lebensbedingungen

Festlegung von Standards für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste

Initiativen zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität haben zu neuen Arten qualitätsorientierter Entwicklungen geführt, durch die die Qualität der Dienste insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert wurde. Es wird zunehmend notwendig, Indikatoren einzuführen, die sich auf die Qualität der Diensteerbringung, die Ansprüche der Nutzer sowie auch auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter richten; diese Indikatoren können wiederum für die Entwicklung von Qualitätsstandards genutzt werden. Diese Schlussfolgerungen wurden aus den im letzten Jahr veröffentlichten Forschungsergebnissen des vorigen Vierjahresprogramms gezogen.

In der Publikation *Qualität in den öffentlichen sozialen Diensten*, die auf dem vorigen Vierjahresprogramm zu den Reformen im Dienstleistungsbereich basiert, wurde die verbesserte Qualität der Dienste insbesondere für benachteiligte Gruppen wie abhängige ältere Menschen, junge Langzeitarbeitslose und Erwachsene mit Lernbehinderungen oder psychischen Störungen vorgestellt. In dem Bericht wurden die wichtigsten Reformen und Innovationen untersucht, die in den verschiedenen Sozial-, Pflege-, Bildungs- und Beschäftigungsdiensten in Europa festzustellen waren.

Zweiundzwanzig Sozialwissenschaftler arbeiteten bei der Studie zusammen, in der die vorliegenden Forschungsergebnisse sowie die statistischen Beweise und Belege aus zehn Ländern (Belgien, Italien, Spanien, Finnland, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Frankreich, Österreich, Deutschland und Griechenland) mit ergänzenden Forschungsergebnissen aus weiteren fünf Ländern (Irland, Schweden, den Niederlanden, Luxemburg und Portugal) untersucht wurden. Zudem wurden politische Entscheidungsträger, Arbeitnehmervertreter, Manager und Nutzer von Diensten auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene interviewt. Insgesamt wurden 97 Beispiele bewährter Verfahrensweisen betrachtet, und mit weiteren 20 detaillierten Fallstudien konnte eingehend bewertet werden, wie sich die Veränderungen auf die Qualität des Arbeitslebens und der Dienste für den Nutzer auswirken.

"Die Umstrukturierung, Integration und Koordinierung der Dienste haben sich erheblich auf die Arbeitsbedingungen und das große Gewicht ausgewirkt, das auf nutzerorientierte Dienste gelegt wird. In einigen Fällen führte die unzureichende Finanzierung der Integration bei den Mitarbeitern in den öffentlichen sozialen Diensten zu großem Stress und zusätzlicher Arbeitsbelastung", bemerkte Dr. Jane Pillinger, Autorin des Berichts.

Die Forschung ergab:

- Es wird zunehmend notwendig, Indikatoren einzuführen, die sich auf die Qualität der Diensteerbringung, die Ansprüche der Nutzer sowie auch auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter beziehen; diese Indikatoren können wiederum für die Entwicklung von Qualitätsstandards genutzt werden;
- Dienstvereinbarungen, einschließlich der Auftragsvergabe von Leistungen oder der Leistungsplanungsziele, sind zunehmend ein Merkmal von Gesellschaftsverträgen im Bereich der Gestaltung und Erbringung sozialer Dienste in Europa;
- veränderte Arbeitsstile wie z. B. interinstitutionelle Gruppen und Gruppenarbeit spielen eine wichtige Rolle bei den Bemühungen, die Koordinierung und Integration unzusammenhängender Dienste zu erhöhen;
- die Stärkung der Stellung und die Beteiligung von Nutzern wurde zu einem wesentlichen Ziel vieler

Reformen innerhalb der sozialen Dienste;

- Initiativen zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität haben zu neuen Arten qualitätsorientierter Entwicklungen geführt, die von lokalen und rudimentären Vereinbarungen bis hin zu formalen Systemen zur Festsetzung von Standards reichen;
- Stress, hohe Arbeitsbelastung und Gesundheitsschäden wurden als bedeutende, mit Reformen verbundene Probleme bei Mitarbeitern der sozialen Dienste festgestellt.

In den öffentlichen sozialen Diensten sind die Geschlechter nicht gleich stark vertreten, da Frauen einen großen Anteil sowohl der Nutzer als auch der Mitarbeiter ausmachen und hauptsächlich für die Erbringung von Diensten an vorderster Front verantwortlich sind. Daher wird die Herausforderung darin bestehen, das Beschäftigungswachstum in diesem Sektor durch die Entwicklung von Beschäftigungsstrategien zu fördern, die die Arbeit sowohl für Frauen als auch für Männer attraktiv, flexibel und sicher machen.

Überwachung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bürger Europas

Die Stiftung fand Lücken in den Informationen für die politischen Entscheidungsträger und erkannte die Notwendigkeit eines systematischen Instruments für die Überwachung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bürger in Europa. 2001 wurde mit der Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens für ein derartiges Instrument begonnen. Wenn dieses Überwachungsinstrument 2003 vollständig entwickelt ist und Berichte liefert, wird es für die Arbeit der Stiftung im Bereich Lebensbedingungen die gleiche Rolle spielen, wie es die Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen und das Europäische Observatorium für die Entwicklungen der Arbeitsbeziehungen (EIRO) in den beiden anderen Kernbereichen der Stiftung tun.

Im November 2001 fand die erste Sitzung der Forschungsgruppe statt. Die Arbeit der Gruppe umfasst die folgenden Schritte: die Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens, die Einrichtung einer elektronischen Datenbank zu Informationsquellen, die Erstellung eines erklärenden Berichts zur Lebensqualität der Europäer ("Quality of Life of Europeans"), in dem die wichtigsten Forschungsergebnisse analysiert und die für die Datenbank gesammelten Daten kontrolliert werden sowie die Ermittlung von Datenlücken, damit eine neue

Methodischer Ansatz des Überwachungsinstruments

Der Ansatz der Stiftung bei der Überwachung der Lebensbedingungen und Lebensqualität wird derzeit definiert und die nötigen Schritte zur Umsetzung überlegt. Das Überwachungsinstrument der Stiftung soll einen spezifischen Beitrag zur Politik leisten und eine gezielte Datenanalyse und Berichterstattung betreiben. Die Berichterstattung wird sich zwar gegebenenfalls auf bestehende Daten stützen, es wird jedoch voraussichtlich auch ein neues Instrument zur Sammlung der Daten, entweder auf der Grundlage einer neuen oder bereits bestehender Erhebungen, benötigt werden.

Arbeit in die Wege geleitet werden kann, die das Bild der Lebensbedingungen in Europa vervollständigt.

Strategische Forschungsarbeiten

Die Anregung zur Beschäftigung sowie die Koordinierung der Politiken und Dienste wurde zu einem Eckpfeiler der Beschäftigungs- und Sozialschutzpolitiken, und zwar sowohl auf der Ebene der EU als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten. 2001 wurde das Forschungsprojekt der Stiftung zur Koordination integrierter Ansätze in der aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik ("Integrated approaches to active welfare and employment policies") durch zusammenfassende Berichte aus den vier übrigen Ländern -

Österreich, Griechenland, Luxemburg und Schweden - erweitert. Der europäische Synthesebericht wurde vorbereitet und wird Anfang 2002 veröffentlicht.

2001 wurden umfassende Fallstudien im Rahmen einer neuen Forschungsinitiative mit dem Titel "Die Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Gesellschaft" begonnen. In Europa befindet sich die Forschung darüber, wie Unternehmen mit ihrer lokalen Umgebung und den örtlichen Kommunen durch Formen der sozialen Verantwortung der Unternehmen in Beziehung treten, noch in einem frühen Stadium. Bei dieser Arbeit wurde damit begonnen, die vielen Unternehmensinitiativen in den Bereichen Umwelt und Gemeinschaftsentwicklung zu untersuchen.

Das neue Projekt "Neue Zeitorganisation im Arbeitsleben" basiert zwar auf der früheren Arbeit der Stiftung zur Zeit, entwickelt aber eine neue Perspektive hinsichtlich der Zeit während des gesamten Lebens. Zu den zeitlichen Möglichkeiten, die in dieser Forschungsarbeit betrachtet werden, gehören Entwicklungen im Bereich Bildungsurlaub, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und Pflegeurlaub. Es wird untersucht, wie neue zeitliche Regelungen dabei helfen können, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit zu erreichen, und wie sie die Entwicklung neuer Arbeits-, Lern- und Pflegemuster während des Arbeitslebens ermöglichen. In der Forschungsarbeit werden Maßnahmen betrachtet, die in den Politiken, Tarifverhandlungen und an den Arbeitsplätzen ermittelt wurden.

Das ausgewogene Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit war auch ein zentrales Thema eines Berichts zur Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen, den die Stiftung 2001 veröffentlichte. In einer 2001 veröffentlichten vergleichenden Acht-Länder-Studie der Stiftung wurden haushaltsnahe Dienstleistungen wie Kinder- und Altenbetreuung, Haushaltsreinigung, Haushaltsführung und Verpflegung untersucht. Die schnelle Zunahme der Beschäftigung in den haushaltsnahen Dienstleistungen ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, zu denen unter anderem demografische Veränderungen, Arbeitsmarktentwicklungen sowie soziale und kulturelle Faktoren zählen. Dieses Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen erregte die Aufmerksamkeit vieler politischer Entscheidungsträger, die diese erste systematische europäische Studie begrüßten. Allerdings weist die Studie auf die Notwendigkeit hin, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter in diesen Diensten zu verbessern. 2002 wird die Stiftung die Untersuchung der Probleme bei der Anwerbung von Arbeitnehmern im Pflegebereich fortführen, einem Bereich, in dem der Bedarf insbesondere im Hinblick auf die alternde europäische Gesellschaft rapide steigt.

Schlüsselfakten 2001 - Lebensbedingungen

- Es wurden zwei europäische Syntheseberichte zusammen mit 29 nationalen und zwei zusammenfassenden Berichten in elektronischer und Druckversion veröffentlicht.
- Etwa 100 Fallstudien, die sich aus der Forschung zu den Verbesserungen im Angebot der öffentlichen sozialen Dienste in Europa ergaben, wurden auf die Website der Stiftung gestellt und stehen seit Ende 2001 online zur Verfügung.
- Eine zehnminütige elektronische Präsentation "Pathways to Social Cohesion" (Wege zum sozialen Zusammenhalt), die die Arbeit der vorherigen beiden Vierjahresprogramme im Bereich des sozialen Zusammenhalts zusammenfasst, wurde in englischer und französischer Sprache herausgegeben.
- Das Team für Lebensbedingungen der Stiftung besuchte bzw. organisierte 45 Workshops, Seminare, Konferenzen, Sitzungen und Debatten, bei denen ihre Forschungsaktivitäten diskutiert und weiterentwickelt wurden.

Schlüsselveranstaltungen 2001 - Lebensbedingungen

22.-24. Januar 2001

Konferenz der schwedischen Präsidentschaft Work Life 2000 (Arbeitsleben 2000) (Malmö), organisiert vom Institut für das Arbeitsleben. R. Anderson hielt einen Vortrag über "Employment policies for an increasingly diversified work force" (Beschäftigungsstrategien für eine immer vielfältigere Arbeitnehmerschaft). Er agierte auch als Berichterstatter.

26.-27. Januar 2001

Seminar *Quality: Why and How? Trends in European Social Public Services for Needy Groups* (Qualität: warum und wie? Tendenzen in den europäischen öffentlichen sozialen Diensten für Bedürftige) (Kopenhagen), organisiert vom dänischen nationalen Institut für Sozialforschung. R. Anderson hielt einen Vortrag über *"Social Public Services - Developments at EU Level*" (Öffentliche soziale Dienste - Entwicklungen auf EU-Ebene).

31. Mai-1. Juni 2001

Konferenz Local Employment Practices, Diversity and Mobility for Growth (Lokale Beschäftigungspraktiken, Vielfalt und Mobilität für Wachstum) (Malmö), Veranstaltung der schwedischen EU-Präsidentschaft. R. Anderson hielt einen Vortrag über "New Challenges - what will be the problems in local labour market when it comes to European employment situation?" (Neue Herausforderungen - wie werden die Probleme auf dem lokalen Arbeitsmarkt aussehen, wenn es zu einer europäischen Beschäftigungssituation kommt?).

6.-8. Juni 2001

Konferenz der schwedischen Präsidentschaft Auf die Herausforderung eines Sozialen Europas eingehen (Göteborg), organisiert vom Europäischen Sozialen Netzwerk. Die Stiftung leitete die beiden Workshops "Coordinated developments in services for dependent elderly people" (Koordinierte Entwicklungen bei Dienstleistungen für abhängige ältere Menschen) und "Developing equal opportunities, a review of European experience" (Chancengleichheit entwickeln, eine Überprüfung europäischer Erfahrungen).

14.-15. Juni 2001

Seminar *Employment in Household Services* (Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen) (Rom), organisiert von der Stiftung.

3.-4. September 2001

Seminar Future Mental Health Challenges in Europe (Künftige Herausforderungen im Bereich der geistigen Gesundheit in Europa) (Brüssel), organisiert von STAKES, dem belgischen Ministerium für Gesundheitswesen und der Europäischen Kommission. R. Anderson hielt einen Vortrag über "Service developments for adults with mental health problems" (Dienstleistungsentwicklungen für Erwachsene mit geistigen Gesundheitsproblemen).

10. Oktober 2001

Seminar *Employment in Household Services: Promoting equal opportunities and social protection* (Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen: Förderung der Chancengleichheit und des Sozialschutzes) (Brüssel), organisiert von der Stiftung.

Veröffentlichungen

Jane Pillinger, Qualität in den öffentlichen sozialen Diensten Alessandra Cancedda, Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen

Verstärkte Mitwirkung der Arbeitnehmer in ihren Unternehmen

Die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen kann als ein Mittel zur Förderung der Mitwirkung der Arbeitnehmer betrachtet werden. Allerdings lässt die Forschung der Stiftung nicht darauf schließen, dass zwischen der Kapitalbeteiligung durch Belegschaftsaktien und der Produktivität bzw. Rentabilität automatisch ein Zusammenhang besteht.

In Europa hat in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Teilnahme der Arbeitnehmer an verschiedenen Arten von Programmen zur finanziellen Beteiligung an Unternehmen zugenommen. In den 90er Jahren appellierten die Regierungen in Deutschland, Spanien, Italien und Irland an die Sozialpartner, derartige Programme zu unterstützen. In Deutschland wurden die Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbessert, während in Belgien neue flankierende Gesetze verabschiedet wurden. Das neu erwachte Interesse an der Debatte und der Forschung fiel zeitlich mit der Veröffentlichung eines Arbeitsdokuments der Kommission zur finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Union zusammen.

In zwei von der Stiftung 2001 veröffentlichten Forschungsberichten wurden die Systeme der finanziellen Beteiligung in Europa detailliert untersucht. Die Forschung ergab:

- Etwa 24 % der Unternehmen in den neun untersuchten Ländern verfügten über breit angelegte Gewinnbeteiligungsregelungen, wobei im Vereinigten Königreich und Frankreich sogar noch höhere Anteile ermittelt wurden.
- Nur 9 % der untersuchten Unternehmen besaßen Programme zur Kapitalbeteiligung durch Belegschaftsaktien, und bei 4 % existierten sowohl eine Kapital- als auch eine Gewinnbeteiligungsregelung.
- Firmen mit Programmen zur finanziellen Beteiligung informieren ihre Mitarbeiter eher über die strategischen Absichten sowie die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Unternehmens.

Die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen kann als ein Mittel zur Förderung der Mitwirkung der Arbeitnehmer betrachtet werden. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass eine finanzielle Beteiligung mit einem Anstieg der Produktivität verbunden ist. Allerdings konnte in den Forschungsarbeiten der Stiftung kein automatischer Zusammenhang zwischen der Kapitalbeteiligung durch Belegschaftsaktien und der Produktivität bzw. Rentabilität nachgewiesen werden. Dennoch lassen die Analysen der Stiftung darauf schließen, dass die Produktivität durch eine finanzielle Beteiligung gesteigert wird, wenn diese mit anderen Formen der Arbeitnehmerbeteiligung wie z. B. einer direkten oder indirekten Mitwirkung an der Entscheidungsfindung verbunden ist.

Bei der Erstellung der Forschungsberichte zur finanziellen Beteiligung stützten sich die Studien der Stiftung auf verschiedene Partner und Datenquellen. Diese reichten von überarbeiteten Fassungen der Berichte der Europäischen Kommission zur Förderung der Gewinn- und Betriebsergebnisbeteiligung der Arbeitnehmer (PEPPER) über die Daten der EPOC-Erhebung (Direkte Beteiligung der Arbeitnehmer an organisatorischen Veränderungen) der Stiftung bis hin zur analytischen Unterstützung durch die Wirtschaftsakademie der Universität Nijmegen in den Niederlanden.

Auf einer Expertenkonferenz, die im November 2001 gemeinsam mit der Kommission organisiert wurde, konnten Fachleute auf diesem Gebiet die Ergebnisse diskutieren, und die Arbeit der Stiftung konnte zur europäischen Debatte über dieses Phänomen beitragen, das zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Überwachung - Europäisches Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO)

EIRO berichtete weiterhin aus einer vergleichenden Perspektive über die Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und darüber hinaus. 2001 umfassten die wichtigsten Themen:

- industrielle Erneuerung: mit Berichten über Unternehmen wie Marks & Spencer, Danone, Corus, Motorola, General Motors, Analyse der EU-Initiativen, Vergleichsstudien zu Aspekten der Arbeitsbeziehungen in Bezug auf Fusionen und Übernahmen sowie zur Arbeitnehmerbeteiligung und zu Tarifverhandlungen bei der Unternehmensumstrukturierung,
- Arbeitsbeziehungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie,
- die Auswirkungen des 11. September EIRO berichtete über Aspekte der Arbeitsbeziehungen hinsichtlich der Krise bei den Fluggesellschaften (Aer Lingus, Sabena, Iberia, Alitalia, SAS, Deutsche BA usw.),
- Arbeitnehmerbeteiligung neue oder vorgeschlagene EU-Richtlinien (Statut der Europäischen Gesellschaft, nationale Information und Beratung), Gesetzreform in Deutschland, Debatte zur Mitwirkung im Vereinigten Königreich,
- Gleichheit/Vielfalt Vergleichsstudie zu Arbeitnehmern mit Behinderungen: Recht, Verhandlungen und die Sozialpartner, nationale Berichte zu verschiedenen Aspekten,
- geschlechtsspezifische Lohnunterschiede nationale Berichte sowie jährliche Aktualisierung zu geschlechtsspezifischen Fragen.

EIRO schaut nun über die Grenzen Europas hinaus und vergleicht die Situation der Arbeitsbeziehungen in Europa mit der in den Vereinigten Staaten und Japan. In den fünf Jahren seit der Gründung von EIRO wurde die Website - www.eiro.eurofound.eu.int - immer stärker besucht; 2001 wurden bis zu 65 000 Benutzersitzungen pro Monat verzeichnet.

Die Stiftung begann vier Studien zu den Themen Art der Veränderung, künftige Entwicklungen und Prognosen der künftigen Tendenzen in bedeutenden Bereichen der Arbeitsbeziehungen. Die drei Studien, die auf vorliegenden EIRO-Daten basierten und im Laufe des Jahres abgeschlossen wurden, umfassten: lebenslanges Lernen und Arbeitsbeziehungen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Tarifverhandlungstendenzen in den Arbeitsbeziehungen.

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wurde ein jährlicher Zwischenbericht zu den Arbeitsbeziehungen in Europa erstellt. Die Arbeit an den Glossaren zu den Arbeitsbeziehungen wurde mit der Ergänzung der schwedischen Version im Jahr 2001 fortgeführt, und die Veröffentlichung des finnischen Bandes im Jahr 2002 wird die Reihe vervollständigen.

Europäische Betriebsräte - potenzielle Verhandlungsrolle

Der Datenbank der europäischen Betriebsräte wurden weitere Informationen zu neuen Verträgen hinzugefügt. Ein bisher nur wenig berücksichtigter Bereich der Tätigkeit der europäischen Betriebsräte ist ihre Verhandlungsrolle. Die Forschung der Stiftung im Jahr 2001 zeigte, dass es sich bei der Verhandlung gemeinsamer Entwürfe durch die europäischen Betriebsräte um ein immer öfter auftretendes, wenn auch beschränktes Phänomen handelt. Im Bericht der Stiftung Bargaining at European Level? Joint texts negociated by European Works Councils (Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene? Gemeinsame, von europäischen Betriebsräten ausgehandelte Texte) wird ein erster Versuch unternommen, den Umfang und die Art der Verhandlungstätigkeit innerhalb der europäischen Betriebsräte insbesondere im Kontext der möglichen "Europäisierung" der Arbeitsbeziehungen in multinationalen Unternehmen sowie im Zusammenhang mit der anhaltenden Welle länderübergreifender Unternehmensumstrukturierungen zu untersuchen..

Strategische Forschung

Die Abteilung Arbeitsbeziehungen ist von einer systematischen Datenerfassung und -überwachung zu einer gründlicheren Analyse übergegangen und hat mit der strategischen Forschung in einer Reihe von Bereichen begonnen.

Die Stiftung führte einige Studien zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf den privaten und öffentlichen Sektor durch. Diese zeigten, dass sich die WWU bedeutend auf die Strategien und Politiken der untersuchten Unternehmen auswirkte, was wiederum Folgen für die Beschäftigung, die Arbeitsbeziehungen und die Arbeitsbedingungen in beiden Sektoren hatte. 2001 begann die Stiftung mit der dritten Phase ihrer Forschung - einer Untersuchung der sozialen Auswirkungen der WWU auf den öffentlichen Sektor. Die Ergebnisse zeigten, dass sich die Möglichkeiten und die Rolle der Mitgliedstaaten aufgrund ihrer Anpassung an die WWU-Kriterien verändert haben. In dem sich daraus ergebenden Literaturüberblick wurden weitere Studien zu den Auswirkungen der Globalisierung, der WWU und der laufenden Marktreformen in der EU empfohlen.

Ein innovativer Ansatz für Tarifverhandlungen in vielen europäischen Ländern war der Abschluss von Tarifvereinbarungen oder "Bündnissen für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit" (BBW). In der laufenden Forschung der Stiftung in diesem Bereich wurden die verschiedenen Ansätze der BBW in elf Mitgliedstaaten der EU untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der allgemeinen Bedeutung der Verträge für die Beschäftigungs- und Tarifverhandlungspolitiken lag. In dem 2001 veröffentlichten Bericht Negotiating collective agreements on employment and competitiveness (Aushandeln von Tarifabkommen für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit) wird der umfassende Inhalt der Verträge - die innovative Maßnahmen zu Arbeitszeit, Lohnstrukturen und Arbeitsorganisation abdecken - hervorgehoben und auf die Muster hingewiesen, die in den verschiedenen Ländern und Wirtschaftszweigen auftreten.

Schlüsselfakten 2001 - Arbeitsbeziehungen

- Die Website der EIRO wurde 2001 von einer Rekordzahl von Nutzern besucht.
- Es wurden sechs Ausgaben des *EIRObservers*, des alle zwei Monate erscheinenden Bulletins der EIRO, herausgebracht, mit Sonderbeiträgen, Nachrichten und Aktualisierungen, die auf einigen von der EIROnline-Datenbank bereitgestellten Berichten basierten.

- Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt, Genf, bei der Erstellung des Gemeinsamen Berichts zu *Industrial Relations Development in Europe and the Applicant Countries 2001* (Entwicklung von Arbeitsbeziehungen in Europa und die beitrittswilligen Länder 2001), der 2002 veröffentlicht wird.
- Die Hochrangige Gruppe für Arbeitsbeziehungen und die Bewältigung des Wandels, die von Kommissionsmitglied Anna Diamantopolou eingerichtet wurde, verlangte während des Jahres 2001 eine Reihe von Berichten, die auf künftige Veränderungen ausgerichtet sind.

Schlüsselveranstaltungen 2001 - Arbeitsbeziehungen

22.-24. Januar

Konferenz der schwedischen Präsidentschaft *Work Life 2000 - Quality in Work* (Arbeitsleben 2000 - Qualität bei der Arbeit) (Malmö). T. Kauppinen hielt einen Vortrag über "Telework - Labour Market, Health and Well-Being" (Telearbeit - Arbeitsmarkt, Gesundheit und Wohlbefinden).

26.-28. April

Konferenz IREC 2001 (Madrid). K. O'Kelly hielt einen Vortrag über "Collective Agreement for Employment and Competitiveness" (Tarifabkommen für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit).

20.-21. Juni

Eröffnung der Konferenz Work Life/EU Enlargement Project (Arbeitsleben/EU-Erweiterungsprojekt) (Stockholm), organisiert vom Nationalen Institut für das Arbeitsleben. T. Kauppinen hielt einen Vortrag über "Europeanisation of Industrial Relations in the Global Perspective" (Europäisierung der Arbeitsbeziehungen aus globaler Sicht).

25.-29. Juni

6. Europäische Konferenz der IIRA (Oslo), organisiert von der IIRA. T. Kauppinen hielt zwei Vorträge: "Wages development before EMU" (Lohnentwicklung vor der WWU) und "Globalisation, the 24 hour society" (Globalisierung, die 24-Stunden-Gesellschaft); K. O'Kelly sprach zu dem Thema "European Social Model and its Impact on EU Industrial Relations" (Europäische Sozialmodelle und ihre Auswirkung auf die Arbeitsbeziehungen in der EU); S. Demetriades hielt einen Vortrag zu "Roles of Social Partners in Vocational Training" (Rollen der Sozialpartner bei der Berufsbildung).

11.-17. September

Telework Conference (Konferenz über Telearbeit) (Helsinki), organisiert vom Arbeitsministerium und der Kommission. T. Kauppinen hielt die Präsentation "European Knowledge Society Foresight" (Vorhersage zur europäischen Wissensgesellschaft).

25.-26. Oktober

Konferenz *EMU and EURO*, *the future of industrial relations* (WWU und Euro, die Zukunft der Arbeitsbeziehungen) (Stockholm), gemeinsam organisiert von der Stiftung, NUTEK und der schwedischen Nationalen Arbeitsmarktbehörde (T. Kauppinen).

Veröffentlichungen

E. Poutsma, Recent Trends in employee financial participation in the European Union.

A. Pendleton, E. Poutsma, J. van Ommeren y C. Brewster, *Employee share ownership and profit sharing in the European Union*.

Die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels

6

Antizipierung und Beobachtung des Wandels

Indem sie die Triebkräfte des Wandels in der europäischen Wirtschaft beobachtet und als Umschlagplatz für die Sammlung und Verbreitung von Informationen über Maßnahmen auf betrieblicher, lokaler, regionaler, einzelstaatlicher und europäischer Ebene dient, soll die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC) Verständnis dafür schaffen, wie der aus der Unternehmensumstrukturierung resultierende Wandel vorhergesehen und bewältigt werden kann.

Eine der Empfehlungen der Gruppe hochrangiger Sachverständiger, die von der Kommission 1997 nach größeren Werksschließungen bei Renault in Vilvoorde, Belgien, eingerichtet worden war, bestand darin, in Europa eine operative Kapazität für die Erfassung und Analyse industrieller Wandlungsprozesse zu schaffen. Die Empfehlung des Gyllenhammar-Berichts wurde auch in der *Sozialpolitischen Agenda* der Kommission von 2000 aufgegriffen und von den Organisationen der Sozialpartner, vom Europäischen Parlament und von den Mitgliedstaaten unterstützt. Der letzte Anstoß für die Schaffung der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels kam vom Europäischen Rat in Nizza (Dezember 2000), als in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes die Einrichtung einer derartigen Stelle im Rahmen der Stiftung gefordert wurde. Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde im Oktober 2001 in Brüssel die EMCC unter der Schirmherrschaft der belgischen Präsidentschaft offiziell ins Leben gerufen.

Die wichtigsten Ziele der EMCC bestehen darin, die "Triebkräfte" des Wandels in der europäischen Wirtschaft zu beobachten und Informationen über Maßnahmen auf betrieblicher, sektoraler, regionaler, einzelstaatlicher und europäischer Ebene zu sammeln und zu verbreiten, damit Wandlungsprozesse besser verstanden, vorhergesehen und bewältigt werden können. Dabei soll die Stelle die Schlüsselakteure durch die Bereitstellung zugänglicher, verlässlicher Daten und die Schaffung von Möglichkeiten zum Austausch von Meinungen, Ideen und Praktiken unterstützen. Bei den "Triebkräften" des Wandels handelt es sich um die Faktoren, die die Richtung des Wandels von einer Achse zu einer anderen verschieben können. Zwei wichtige "Triebkräfte", die während der Anfangsphase den Arbeitsschwerpunkt der EMCC bilden sollen, sind die internationale Kommunikationstechnologie und die Finanzmärkte.

Ausgehend von vorhandenen verlässlichen und genauen Informationsquellen versucht die EMCC, den Schlüsselakteuren der europäischen Sozialpolitik Werkzeuge an die Hand zu geben, damit diese fundiertere Entscheidungen für den Umgang mit Veränderungsprozessen treffen können.

Das Mandat der EMCC

Das Mandat der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels leitet sich aus folgenden Dokumenten her:

- Sozialpolitische Agenda der Europäischen Kommission, 2000.
- Joint Opinion of the Social Partners on the European Monitoring Centre on Change (Gemeinsame Stellungnahme der Sozialpartner zur Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels), November 2001.
- Entschließung des Europäischen Parlaments zu den sozialen Folgen der industriellen Umstellung, 2001.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Nizza), Dezember 2000.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Stockholm), März 2001.

Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels - das Gründungsjahr

2001 wurde ein Lenkungsausschuss für die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels eingerichtet, der Richtung, Form und Inhalt der EMCC bestimmen soll. Beim Lenkungsausschuss handelt es sich um ein ausgewogenes und repräsentatives Forum, das sich aus Vertretern der Sozialpartner, der Europäischen Kommission, der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Stiftung und anderen Experten zusammensetzt und somit viele der Interessen der Zielgruppen der Stiftung repräsentiert.

Die Anfangsphase der EMCC war durch die Veröffentlichung einer Informationsbroschüre und die Definition der Elemente des ersten Arbeitsprogramms sowie der Prioritäten für 2001 gekennzeichnet. Zudem wurden Leitsätze und Ziele formuliert, um einen Rahmen für die Aktivitäten der Stelle zu schaffen.

Die Gründung der EMCC im Jahr 2001

Zur offiziellen Gründung der EMCC kamen etwa 100 Experten und politische Entscheidungsträger zusammen, unter anderem Minister und Beamte aus den Beitrittsländern, Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten, Beamte der Europäischen Kommission, Vertreter der Sozialpartner, von Arbeitnehmerorganisationen und regionalen öffentlichen Einrichtungen sowie die Direktion und die Mitarbeiter der Stiftung. Die anwesenden Experten repräsentierten viele der künftigen Nutzer der EMCC. Die Gründungsveranstaltung war als Arbeitskonferenz konzipiert, in deren Rahmen die Triebkräfte des Wandels in Europa analysiert und diskutiert wurden.

Die Präsentationen und Diskussionen dieser Veranstaltung wurden für einen Konferenzbericht (Den Wandel verstehen, antizipieren und bewältigen - Triebkräfte des Wandels erkennen) zusammengefasst, der im Januar 2002 veröffentlicht wurde. Dieser Bericht soll die Arbeit der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels bündeln und Perspektiven im Hinblick auf den Wandel für den Zeitraum von 2002-2004 eröffnen.

Information und Diskussion

7

Gezielte Kommunikation auf EU-Ebene

2001 wurde der Bereich Information und Kommunikation neu organisiert, um den Bedürfnissen ihrer Zielund Interessengruppen besser gerecht zu werden.

Die Abteilung Information und Kommunikation wurde 2001 einer größeren Neuorganisation unterzogen. Zwischen den Bereichen öffentliche Angelegenheiten und Content-Management und -Verbreitung wurde eine klare Aufgabenverteilung vorgenommen, um den Bedürfnissen unserer Ziel- und Interessengruppen besser gerecht zu werden. Zudem wurde ein Pressebüro eingerichtet, für das ein fester Pressereferent eingestellt wurde.

Vom Informationszentrum und vom Auskunftsdienst wurden im Laufe des Jahres über 823 Anfragen bearbeitet.

Es wurde mit der Einbindung der Beauftragten für Informationsaustausch und -koordination der Abteilungen Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen in die Arbeit der Informationsabteilung begonnen, um einen besseren Informationsfluss und eine engere Zusammenarbeit mit den Forschungsabteilungen zu ermöglichen.

Mehrsprachiges Content-Management-Programm

Der Bereich Information und Kommunikation unterhält auch weiterhin ein umfangreiches mehrsprachiges Programm von Veröffentlichungen. In enger Zusammenarbeit mit den vier Forschungsabteilungen wurde eine Strategie zur Übermittlung und Verbreitung der Ergebnisse aus den wichtigsten Forschungsbereichen der Stiftung eingeführt, die auf eine rechtzeitige Verbreitung der Forschungsergebnisse abzielt, um den Anforderungen der Zielgruppen zu entsprechen.

Im Jahr 2001 wurden 208 Veröffentlichungen, Forschungsberichte und Zusammenfassungen, der Newsletter und andere Broschüren übersetzt, gedruckt und an die 15 600 Empfänger auf den Verteilerlisten der Stiftung weitergeleitet.

Die Übersetzungsabteilung der Stiftung übersetzte in Zusammenarbeit mit dem Übersetzungszentrum in Luxemburg etwa 9 500 Seiten in die elf Amtssprachen der Europäischen Union. Die laufende Arbeit an einer Terminologie-Datenbank wurde intern fortgesetzt: Begriffe, die für die Kernbereiche der Stiftung von Bedeutung sind, wurden in allen Sprachen der EU hinzugefügt und aktualisiert.

Von Zeit zu Zeit müssen Organisationen neu überdenken, auf welche Weise sie sich der Welt präsentieren. 2001 überarbeitete die Stiftung ihr Logo und ihren internen Stil, um sicherzustellen, dass der Gesamteindruck einer modernen Organisation vermittelt wird, die auf dem neuesten Stand ist.

Verstärkte Presseaktivitäten

Im vergangenen Jahr waren auch die ersten Ergebnisse einer proaktiven Pressestrategie zu beobachten, die auf eine Anhebung des Profils der Stiftung als einer maßgeblichen EU-Organisation für die Bereitstellung von Informationen und Analysen auf der Grundlage von Forschungsarbeiten in ihren drei Kernbereichen abzielt. Die Bemühungen zur Anhebung des Medienprofils der Stiftung durch den Aufbau und die Pflege von Kontakten zu ausgewählten Journalisten bei meinungsbildenden Qualitätszeitungen werden fortgesetzt.

2001 konzentrierten sich die Aktivitäten darauf, die *dritte Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen* auf Pressekonferenzen vorzustellen, die in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Europäischen Kommission in 14 EU-Mitgliedstaaten organisiert wurden. Die Berichterstattung in der Presse über diese Veranstaltungen erhöhte überall in Europa bedeutend den Bekanntheitsgrad der Arbeit der Stiftung sowohl in den Printmedien als auch in Rundfunk und Fernsehen.

Die Stiftung organisiert auch weiterhin gemeinsam mit den Präsidentschaften der Europäischen Union Veranstaltungen, die das Profil der Arbeit der Stiftung weiter anheben. 2001 wurden in Zusammenarbeit mit der belgischen Präsidentschaft der Europäischen Union zwei hochrangige Konferenzen organisiert. Bei der Konferenz *Für eine bessere Arbeitsqualität*, die am 20. und 21. September in Brüssel stattfand, kamen mehr als 200 Politiker und wichtige Entscheidungsträger zusammen. Die Schlussfolgerungen der Konferenz, die sich in Vorbereitung der künftigen Entscheidung zum Sozialen Europa mit Themen der Arbeitsqualität befasste, wurden dem Europäischen Rat in Laeken am 14. und 15. Dezember vorgelegt.

Am 23. Oktober kamen bei der Konferenz "Den Wandel verstehen, antizipieren und bewältigen - Triebkräfte für den Wandel" 100 Personen im Palais d'Egmont in Brüssel zusammen, um die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC) zu gründen.

Bessere Nutzung des Internets

Inhalt und Struktur der Website der Stiftung (www.eurofound.eu.int) wurden verstärkt, indem größeres Gewicht auf die Forschungsergebnisse gelegt wurde. Zudem wurde ein Webredakteur eingestellt, der eine regelmäßige Aktualisierung der Informationen sicherstellen soll. Nahezu 700 der neuesten Veröffentlichungen der Stiftung wurden kostenlos im Netz zur Verfügung gestellt. Ferner wurde die Website des Europäischen Observatoriums für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen, EIROnline, neu gestaltet, um den Nutzern den Zugang zu den Informationen zu erleichtern.

Die Umgestaltung der Websites führte zu einer Verdreifachung der Zahl der Zugriffe von Nutzern (von 43 000 auf 100 000 im Monat) in den beiden letzten Monaten des Jahres.

2001 wurden Vorbereitungen getroffen, um die Websites der Stiftung unter demselben Dach, oder technisch gesprochen, unter demselben Domänennamen wie die anderen Organisationen der EU unterzubringen. Der neue Domänenname ".eu.int", der die Stiftung als eine EU-Behörde kennzeichnet, soll im ersten Quartal des Jahres 2002 in Kraft treten.

Schlüsselfakten 2001

- Es wurde ein Content-Management-System für die interne Verwaltung der Produktionsabläufe eingeführt.
- Zehn Ausgaben des Newsletters der Stiftung, Communiqué, wurden in englischer und französischer Sprache veröffentlicht.
- Zum Tag der offenen Tür der Stiftung, der von der stellvertretenden irischen Premierministerin (Tanaiste)
 Mary Harney, TD, am 16. Mai 2001 eröffnet wurde, kamen rund 450 Besucher.
- Die Stiftung zählte im Laufe des Jahres mehr als 650 angemeldete Besucher.

Information und Diskussion

- Eine Broschüre der Stiftung sowie eine individuell gestaltete elektronische Präsentation wurden entwickelt und veröffentlicht.
- Die Stiftung veranstaltete am 12. März einen Pressetag und lud hierzu Journalisten aus dem Bereich Soziales größerer meinungsbildender Zeitungen ein.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Jahresbericht 2001

2002 - vii, 21s. - 21cm x 29.7cm